

Freitag, 14. Mai 2021, Isar-Loisachbote / Lokalteil

# **Erhalt des Standorts „hat oberste Priorität“**

**KREISKLINIK - Landrat wendet sich an Mitarbeiter – Aktionsgruppe warnt vor „Kliniksterben“**

VON CARL-CHRISTIAN EICK





Für den Fortbestand der Kreisklinik brauche es einen starken Kooperationspartner, so Landrat Niedermaier. Foto: Archiv

Wolftratshausen/Himmelskron – Die Ausläufer der Diskussion über die Zukunft der Wolftratshausener Kreisklinik haben den oberfränkischen Landkreis Kulmbach erreicht. Genauer gesagt die kleine Gemeinde Himmelskron. Dort ist die Aktionsgruppe „Schluss mit Kliniksterben in Bayern“ beheimatet, ein Verein, der sich nach eigenen Angaben als Anwalt für wohnortnahe Krankenhäuser versteht. Dieser Verein warnt Landrat Josef Niedermaier vor der „Schließung der Kreisklinik Wolftratshausen“ beziehungsweise vor einer Nutzungsänderung hin zu einem Gesundheitscampus. Niedermaier wiederum stellt in einem internen Schreiben an die rund 400 Klinik-Mitarbeiter

fest: „Für uns hat der Erhalt des Standorts Wolfratshausen oberste Priorität.“ Und zwar nicht als „Alibistandort“, sondern „als stationäres Haus der Grund- und Regelversorgung – einschließlich der Geburtshilfe“.

Krankenhäuser gehören zur Daseinsvorsorge: Darauf pocht die Aktionsgruppe aus Himmelskron in ihrem Brief an Niedermaier. Der Betrieb der Kreisklinik dürfe nicht allein von dessen Wirtschaftlichkeit abhängen. Als „Allgemeinkrankenhaus“ decke die Einrichtung „exakt diejenigen Fachbereiche ab, die seit Mitte 2018 Mindestvoraussetzung für eine Notfallversorgung sind: Innere Medizin, Chirurgie, Anästhesie, Intensivmedizin und Notfallversorgung“. Es wäre „fahrlässig“, die „hochwertige Kreisklinik“ zur Disposition zu stellen. Die Schließung oder Umwandlung in einen „intersektoralen Gesundheitscampus“ hätten nach Meinung der Aktionsgruppe fatale Folgen. Beispiele: Der Weg für Patienten zum nächsten Krankenhaus würde „signifikant steigen“, die Anfahrzeiten im Notfall „werden deutlich länger“.

Ein Gesundheitscampus ersetze kein akutstationäres Krankenhaus, so der Verein „Schluss mit dem Kliniksterben“. Laut Aktionsgruppe handelt es sich um Modellkonzepte, „die deutschlandweit gesetzlich nicht geregelt sind“. Derzeit gebe es kein Modell einer solchen Praxislinik, „welches tatsächlich umgesetzt werden konnte.“

Die Aktionsgruppe appelliert „eindringlich“ an Landrat Niedermaier: „Vertagen Sie aktuell jegliche Entscheidung über eine veränderte Nutzung Ihrer Kreisklinik. Behalten Sie die kommunale Trägerschaft für Ihre Kreisklinik. Sichern Sie Ihrem Klinikpersonal einen sicheren Arbeitsplatz und der Bevölkerung Ihres Landkreises ein hochwertiges Kreiskrankenhaus mit unvermindertem Leistungsangebot zu.“

Genau dies sei sein Ansinnen, betont Niedermaier in seinem Brief vom 10. Mai an die Klinik-Mitarbeiter, der unserer Zeitung vorliegt. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Berliner Unternehmensberatung Vicondo Healthcare GmbH kein Gutachten erstellt habe, sondern die politischen Entscheidungsträger, das heißt, die Kreisräte, bei ihrem Diskussionsprozess nurmehr begleite. Zum jetzigen Zeitpunkt, so Niedermaier mit Blick auf die Sitzungen des Kreis Ausschusses und des Kreistags in der kommenden Woche, gehe es ausschließlich darum, ob er beauftragt werde, einen strategischen Partner für die Kreisklinik zu suchen. „Nicht mehr und nicht weniger –

damit gehen also keine weiteren Verpflichtungen und Automatismen einher.“

Auf keinen Fall dürfe man untätig bleiben: „Sonst laufen wir Gefahr, dass es uns in ein paar Jahren vom Platz fegt, ohne dass wir etwas dagegen tun können.“ Das System müsse „überlistet“ werden, so Niedermaier, „damit unsere Klinik für lange Zeit gesichert ist“. Alleine werde die Kreisklinik gGmbH (Niedermaier ist Vorsitzender des Aufsichtsrats) beziehungsweise der Landkreis diese Herausforderung nicht meistern können. Dazu brauche es Kooperationen. „Wie diese aussehen können, muss mit interessierten Partnern verhandelt werden.“ Allerdings gebe es „unverrückbare Positionen von unserer Seite“: Dazu zählen für den Landrat der „Fortbestand einer stationären Klinik der Grund- und Regelversorgung mit Geburtshilfe und einem 24/7-Zugang für Patienten“. Weil aber „immer zwei zum Tanzen gehören, kann ich noch nichts dazu berichten, wer den anderen Part übernimmt. Denn wir kennen den Partner noch nicht“, so Niedermaier. Und weiter: „Seien Sie versichert, dass es bei diesem Prozess darum geht, die Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung zu stärken, um einen Erhalt der Kreisklinik zukünftig gewährleisten zu können.“

Eine Voraussetzung sei eine „stärkere Quervernetzung der Kreisklinik zu weiterführenden und ergänzenden Leistungserbringern“. Bestehende Strukturen in Wolfratshausen (Stichworte Dialysezentrum, Belegärzte) „sollen ausgebaut werden, um in Kombination mit der stationären Klinik das Angebot für Patienten zu erweitern und die Attraktivität des gesamten Standortes weiter zu steigern“. Das, so Niedermaier, verberge sich hinter dem für viele „ominösen“ Begriff Gesundheitscampus: „Nämlich eine Ergänzung und Stärkung des Standortes und nicht, wie fälschlicherweise behauptet, ein Ersetzen“.

## Kundgebung

Die Mitarbeiter der Kreisklinik demonstrieren an diesem Freitag um 13.30 Uhr auf dem Marienplatz in der Wolfratshausener Altstadt. Ihre zentralen Forderungen: „Gegen einen Trägerwechsel, die Kreisklinik soll in öffentlicher Hand bleiben.“ Die Veranstaltungsteilnehmer werden gebeten, in schwarzer Trauerkleidung zu kommen, „denn wir tragen die öffentliche Gesundheitsversorgung zu Grabe“, erklärt Kundgebungsleiterin Susanne Reichardt-Geisbauer.